

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



Gleich am Tag nach Bundestagswahl hatte die Landesorganisation zur Parteikonferenz „Zur politischen Lage nach der Bundestagswahl!“ in den Treffpunkt KWADRAT eingeladen. Hier standen Bürgermeister Carsten Sieling, die Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp und die frisch wieder direkt in den Bundestag gewählte Sarah Ryglewski den mehr als 150 teilnehmenden Genossinnen und Genossen Rede und Antwort. Das Wahlergebnis ist auch für die SPD im Land Bremen bitter, der Lichtblick dabei: Wir haben mit Sarah Ryglewski und Uwe Schmidt wieder die beiden Wahlkreise im Land Bremen gewonnen!

WIR WOLLEN BREMENS ZUKUNFT GESTALTEN

Sascha Karolin Aulepp, Landesvorsitzende der Bremer SPD, zur politischen Lage nach der Bundestagswahl

Wir haben die Bundestagswahl verloren. Nicht nur die SPD hat die Wahl verloren, auch die Große Koalition. Eine Neuaufgabe der Großen Koalition kam deshalb nicht in Frage. Wir werden künftig im Bundestag die größte Oppositionspartei sein und klare sozialdemokratische Positionen und Ziele vertreten. Das ist Chance, aber natürlich auch Risiko: Unsere Gestaltungsmöglichkeiten sind erheblich kleiner geworden.

Es ist uns nicht gelungen, unsere Themen im Wahlkampf zugespitzt genug rüberzubringen. Wir haben uns nach der verlorenen Wahl im Saarland davon verabschiedet, jenseits der CDU/CSU politische Mehrheiten zu suchen und die Machtfrage zu stellen. Viele von uns – auch unsere potenziellen Wählerinnen und Wähler – fürchteten, es würde auf eine Fortsetzung der Koalition hinauslaufen. Es ist uns nicht gelungen, den Wählerinnen und Wählern klarzumachen, mit welchen Positionen wir eine Alternative zu einer CDU-geführten Bundesregierung sind. Dass wir zum Beispiel unser Rentenkonzept nur gegen die CDU durchsetzen können und nicht in einer Regierung mit ihr. Mehr „klare Kante“ zeigen wäre besser gewesen.

Wir führen für die nächsten vier Jahre die linke Opposition im Bundestag an und wir werden klare Alternativen aufzeigen, sowohl gegenüber der bürgerlichen Regierung als auch gegenüber den völkischen, rassistischen Hetzern, die es leider zweifellos in den Bundestag geschafft haben.

Ja, das Ergebnis der AfD hat uns erschreckt! Aber nicht überrascht. Leider ist die Hetze zunehmend salonfähig geworden. Die AfDler wurden von Talkshow zu Talkshow gereicht und durften sich überbieten in Tabubrüchen. Die AfD trat mehr und mehr offen rassistisch, völkisch und menschenverachtend auf. Das Wahlergebnis zeigt, es hat sich für CDU und CSU nicht ausgezahlt, im Wahlkampf schrille Töne zu setzen und am rechten Rand zu fischen.

Wir müssen der AfD, die selbst einer Frauke Petry zu hetzerisch und völkisch ist, entschieden entgegentreten und sie demaskieren, damit diese Legislaturperiode ihre letzte ist.

Aber wir müssen uns auch und vordringlich mit den gesellschaftlichen Zuständen auseinandersetzen, die die AfD stark machen. Wir müssen denjenigen, die AfD gewählt haben, weil sie uns nicht abnehmen, dass wir uns um ihre soziale Lage

kümmern, zeigen, dass wir das doch tun. Wir müssen unseren Auftrag, gesellschaftlichen Zusammenhalt ganz konkret zu organisieren, ernst nehmen und damit auch diese Wählerinnen und Wähler.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist es eine tolle Leistung, dass Sarah Ryglewski und Uwe Schmidt ihre Wahlkreise geholt haben. Sie werden uns im Bundestag mit scharfem sozialdemokratischen Profil vertreten. Aber mit unserem Ergebnis in Bremen können wir insgesamt nicht zufrieden sein: Wir haben nach Hamburg die größten Einbußen, wir haben die niedrigste Wahlbeteiligung aller Bundesländer nach Sachsen-Anhalt, wir liegen im Land gerade mal zwei Prozent vor der CDU.

Die Wahl in Niedersachsen hat gezeigt: Wir können Wahlen gewinnen – mit überzeugenden Personen, mit guter Regierungspolitik und auch mit einem klaren Programm und als linke Volkspartei in Abgrenzung zur Union. Wir müssen die Zeit bis zur Bürgerschaftswahl nutzen, um vorhandene Probleme anzugehen, mit unserer Gestaltung zu überzeugen und ein gutes Programm gemeinsam erstellen, mit dem wir unseren sozialdemokratischen Gestaltungsanspruch untermauern. ■

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DIE ZUKUNFT BREMENS UND BREMERHAVENS

Von Bürgermeister Carsten Sieling, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Niedersachsenwahl am Sonntag ist ein guter Erfolg für die SPD und eine ziemliche Schlappe für die CDU. Allen Unkenrufen zum Trotz, haben Stephan Weil und die niedersächsische SPD eine einzigartige Aufholjagd hingelegt. Hierzu sage ich aus vollem Herzen: Herzlichen Glückwunsch! Ich freue mich auf weitere gute Zusammenarbeit mit Niedersachsen und Stephan Weil als Regierungschef.

Der Wahlsieg in Hannover tut uns als SPD gerade jetzt natürlich gut. Aber Eines ist klar: Durch den Erfolg von Stephan Weil, ist die Bundestagswahl nicht vergessen.

Die Bundestagswahl brachte der SPD das schlechteste Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie ist eine Zäsur und der programmatische und organisatorische Neuanfang auf Bundesebene ist ebenso folgerichtig, wie der Gang in die Opposition.

Auch vor Bremen hat der Vertrauensverlust der großkoalitionären Volksparteien nicht haltgemacht. Zwar ist die SPD im Land weiterhin die stärkste Kraft. Dies darf allerdings, wie in vielen anderen Großstädten auch, nicht über die überdurchschnittlich hohen Verluste hinwegtäuschen, die die SPD am 24. September auch in Bremen hinnehmen musste.

Tatsächlich zeigen sich gerade in den Großstädten, wie an keinem anderen Ort, die besonderen, gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit: Besondere Belastungen wie Arbeitslosigkeit, hohe Zuwanderung und finanzielle Engpässe wirken sich unmittelbar auf die ohnehin wachsenden Anforderungen bei Bildung und der Kindertagesbetreuung oder der öffentlichen Infrastruktur aus. Wir müssen feststellen, dass auch die sozialdemokratische Arbeit in der Bundesregierung hier, trotz aller guten Entscheidungen, keine durchgreifenden Verbesserungen erbracht hat.

Aber auch in Bremen und Bremerhaven haben wir Handlungsbedarf. Mit dem Doppelhaushalt 2018/19 stellen

wir uns diesen Herausforderungen. Auf der einen Seite sorgen wir dafür, dass die dringend benötigten Finanzmittel für den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung, die notwendigen Verbesserungen an unseren Schulen und für eine aktive Arbeitsmarktpolitik bereit stehen, um beispielsweise gerade Langzeitarbeitslosen wieder die Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Auf der anderen Seite sorgen wir dafür, dass unsere Städte ihre Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für die Unternehmen noch besser erbringen können. Hierfür weisen wir erstmals für die Bereiche Digitalisierung, bürgerfreundliche Verwaltung sowie sichere und saubere Stadt gesonderte finanzielle Verstärkungsmittel aus.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen den Menschen in Bremen und Bremerhaven Zuversicht geben. Dafür sind die drängenden Aufgaben zu erledigen – und wir sollten über die Herausforderungen und unsere Antworten und Aktivitäten selbstbewusst reden. Mundfunk ist wichtig!

Unsere beiden Städte und unser Bundesland verfügen auch über große Chancen und Potentiale. Das müssen wir in den Blick nehmen. Die Stärken unseres Zwei-Städte-Staates und unsere sozialdemokratischen Visionen für Bremen und Bremerhaven müssen wieder in den Mittelpunkt rücken. Ja, Visionen!

Die finanziellen Grundlagen hierfür haben wir gemeinsam geschaffen. Mit der Ende 2016 politisch erreichten Einigung bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen hat unser Bundesland endlich wieder eine finanzpolitische Perspektive. Ab 2020 werden wir jährlich gut 500 Millionen Euro mehr erhalten. Jetzt müssen wir mit Mut und Kraft die Chancen in unserem Sinne nutzen.

Mir ist es wichtig, dass wir bereits heute beginnen, darüber nachzudenken, wie wir diese neuen Spielräume ab 2020 bestmöglich für Bremen und Bremerhaven nutzen können. Deswegen hat der Senat auf meinen Vorschlag hin die Zukunftskommission „Zukunft.Bre-

men 2035“ ins Leben gerufen, mit dem klaren Ziel, gemeinsam mit externen Fachleuten neue Perspektiven für die Zukunft Bremens und Bremerhavens in Selbstständigkeit zu entwickeln.

Ich will auf diesem Wege weitere – und neue – Impulse für unsere beiden Städte setzen. Und ich möchte, dass sich möglichst viele Menschen daran beteiligen. Unsere Regierungskraft haben wir als SPD in den vergangenen 70 Jahren immer auch aus der Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte gezogen. Angefangen mit Wilhelm Kaisen und seinem Bündnis von Arbeiterschaft und Kaufmannschaft mit einem „Alle-Mann Manöver“, geht es auch heute darum, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft in unsere Arbeit einzubeziehen.

Und auch als Partei sind wir gefordert. Dabei geht es auch darum, unser Handeln und die konkreten Schritte der nächsten Wochen und Monate mit der öffentlichen Diskussion in unseren beiden Städten und dem weiteren Prozess über unsere Perspektiven zu verbinden und unsere sozialdemokratischen Schwerpunkte für eine gute Zukunft unseres Bundeslandes klar zu formulieren: Angefangen bei einer weiteren Verbesserung der Qualität und Chancengleichheit in den Bereichen Bildung, Ausbildung und der Kinderbetreuung, über mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten, mehr zukunftssichere, gute Arbeitsplätze, die wirksame Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sowie konkrete Maßnahmen für unsere wachsenden, sauberen und sicheren Städte.

Und in den kommenden Monaten wird es nicht nur darauf ankommen, unsere beschlossenen Maßnahmen konsequent und geschlossen umzusetzen, sondern ebenfalls darauf, dieses auch konsequent und geschlossen als SPD in die Bevölkerung zu kommunizieren. Um unsere Politik offensiv darzustellen und zu diskutieren, bitte ich deshalb auch alle Ortsvereine und die Unterbezirke diese Themen offensiv und selbstbewusst aufzunehmen. Zur Diskussion stehen euch die Mitglieder des Senats und ich selbstverständlich gerne zur Verfügung. ■

ZUR PERSON:



FOTO: SENATSKANZLEI BREMEN

Carsten Sieling ist seit Juli 2015 Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Zuvor war er Mitglied im Deutschen Bundestag, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion (November 2005 bis Oktober 2009) und SPD-Landesvorsitzender (März 2004 bis März 2006)

Mehr Informationen auf der Homepage der Zukunftskommission: www.zukunft.bremen.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.
Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, Matthias Koch (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

NATIONALISTISCHE HEILSPRECHEN FÜHREN IN DIE IRRE

Die EU steht am Scheideweg. Einerseits bedroht das Erstarken nationalistischer Kräfte in vielen Mitgliedstaaten die EU in ihrer Substanz. Der Brexit ist der bisherige Höhepunkt dieses Trends. Andererseits

entwickeln sich Gegenkräfte. Begünstigt durch das offensive proeuropäische Auftreten des französischen Präsidenten Macron gewinnen Debatten über notwendige Reformen der EU zunehmend an Bedeutung. Es gibt viele

Felder, auf denen dringend Korrekturen oder neue Initiativen erforderlich sind. Die wirtschaftliche Austeritätspolitik führt zur regionalen und sozialen Spaltung in Europa und muss von einer solidarischen Wirtschafts- und Finanzpolitik abgelöst werden. Internationale Konflikte und ein unberechenbarer Präsident in den USA erfordern eine inten-

sivere sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der EU. Statt Drohgebärden brauchen wir eine neue Entspannungspolitik verbunden mit neuen Abrüstungsinitiativen. Die internationale Migration lässt sich nicht national lösen. Wir brauchen eine europäische Antwort, die Grenzschutz, humanes Asylrecht, legale Einwanderungsmöglichkeiten und Bekämpfung der Fluchtursachen miteinander verbindet.

Nationalistische Heilsversprechen führen in die Irre und im schlimmsten Fall zum Krieg. Eine europäische Perspektive werden wir nur mit den anderen Mitgliedstaaten gemeinsam entwickeln können. Macron hat die Debatte mit den richtigen Fragen eröffnet. Auch in der Opposition kann die SPD in dieser Debatte eine Schlüsselrolle einnehmen, wenn wir selbst Ideen entwickeln und diese mit unserer sozialdemokratischen Parteienfamilie in Europa abstimmen. ■

ZUR PERSON:



FOTO: SPD BREMEN

Joachim Schuster ist seit 2014 im Europäischen Parlament und Mitglied in den Ausschüssen Internationaler Handel sowie Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Zu seinen Schwerpunkten zählen der soziale Zusammenhalt in Europa, eine alternative Wirtschaftspolitik und die Freihandelsabkommen mit Afrika. Mehr Infos gibt es unter: www.facebook.com/joachim.schuster.eu



FOTO: EUROPÄISCHES PARLAMENT

Pro Europa heißt: Wir brauchen gegen die regionale und soziale Spaltung eine solidarische Wirtschafts- und Finanzpolitik.

DEUTLICH MEHR GELD FÜR BILDUNG

Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 setzt klaren Schwerpunkt

Ein klarer Schwerpunkt auf Kinder und Bildung, mehr Geld für Wirtschaft, Arbeit und Sicherheit: Die Bürgerschaft hat in erster Lesung den Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 verabschiedet. Der vom Senat vorgelegte Entwurf sei eine sehr gute Grundlage für die nun anstehenden parlamentarischen Beratungen, betont der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Max Liess.

Gut 5,6 Milliarden Euro im Jahr 2018 und 5,7 Milliarden Euro 2019 – um diese Summen geht es in dem kommenden Doppelhaushalt. „Vor uns liegt die letzte und schwierigste Etappe auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt. Der vorliegende Entwurf setzt den Konsolidierungskurs bis zum Ende konsequent fort“, macht Liess deutlich und erinnert daran, dass es Bremen in den vergangenen acht Jahren aller Unkenrufe zum Trotz stets gelungen sei, die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. „Wir haben verantwortliche Politik für Bremen gemacht und sind den notwendigen, aber unangenehmen Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt konsequent gegangen.“



Max Liess



Wir haben aber zugleich auch unter diesen schwierigen Voraussetzungen politische Schwerpunkte gesetzt. Dass uns dies gelungen ist, darauf können wir stolz sein.“

Diesen Weg werde nun auch der aktuelle Haushalt fortsetzen, betont der Sozialdemokrat. Liess: „Dieser Haushalt hält nicht nur die Vorgaben der Schuldenbremse ein, er investiert auch in Bremens Zukunft!“ Beispiel Bildung: 2018 sind für diesen Bereich 930,5 Millionen Euro im Entwurf des Senats eingeplant – und damit 103 Millionen Euro mehr als im Jahr zuvor. 2019 steigen die Bildungsausgaben noch einmal um 18,5 Millionen auf dann insgesamt 949 Millionen Euro. „Dass wir diese deutliche Erhöhung unter den Konsolidierungsbedingungen realisieren, zeigt: Die rot-grüne Koalition meint es ernst mit ihrer politischen Schwerpunktsetzung im Bildungsbereich.“ Liess weiter: „Wir werden es nicht dabei belassen, sondern der vorliegende Haus-

haltsentwurf sorgt dafür, dass neben dem Bereich Bildung auch unsere zentralen politischen Schwerpunkte Wirtschaft, Arbeit und Sicherheit finanziell abgesichert sind.“

So sind zum Beispiel 40 Millionen Euro für Investitionen in die Häfen, 18 Millionen Euro für die Entwicklung von Gewerbeflächen und 72 Millionen Euro für Investitionen in die Kliniken im Haushaltsentwurf des Senats eingeplant.

Zudem werden der Bereich Ordnung und Sicherheit mit mehr Geld ausgestattet, der finanzielle Rahmen für die Hochschulen abgesichert und mehr Geld in die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik investiert. Allein 3,5 Millionen Euro zusätzlich werden pro Jahr in das LAZLO-Programm zur Integration von Langzeitarbeitslosen fließen, sodass hierfür in den kommenden beiden Jahren insgesamt 20 Millionen Euro zur Verfügung stehen werden. ■

FRANK SCHILDT
VERSTÄRKT SPD-FRAKTION



Frank Schildt kehrt in die SPD-Bürgerschaftsfraktion zurück. Der 55-jährige Sozialdemokrat aus Bremerhaven rückt für Uwe Schmidt nach, der bei der Bundestagswahl am 24. September im Wahlkreis Bremen II - Bremerhaven mit deutlichem Vorsprung das Direktmandat errungen hat. „Ich bin mir sicher: Uwe Schmidt wird sich auch in Berlin entschieden und erfolgreich für die Interessen Bremens und Bremerhavens einsetzen“, sagt SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe und ergänzt: „Frank Schildt ist ein erfahrener Parlamentarier, der ein Gewinn für die SPD-Fraktion sein wird. Wir freuen uns, ihn nun wieder in der Fraktion begrüßen zu können.“

Frank Schildt gehörte der Bürgerschaft von 1995 bis 2015 bereits 20 Jahre lang an. Schwerpunkte seiner Arbeit waren unter anderem die Medienpolitik und zuletzt die Hafenpolitik. So war Schildt in der vergangenen Legislaturperiode hafenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Vorsitzender des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen. Schildt ist seit 2014 zudem der Vorsitzende des Hörfunkrates beim Deutschlandradio. ■

„WIR BRAUCHEN EINE QUALITÄTSSOFFENSIVE“

Bildungsvergleich zeigt: Zusätzliche Ausgaben für Bildung sind richtig und erforderlich

Im IQB-Bildungsvergleich, bei dem Grundschüler in den Fächern Deutsch und Mathematik getestet wurden, hat Bremen den letzten Platz belegt. „Dieses Ergebnis bestätigt die Planungen für den anstehenden Doppelhaushalt“, sagt dazu der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör. „Es ist absolut richtig und erforderlich, den Bildungsbereich mit deutlich mehr Geld auszustatten.“

„Das schlechte Abschneiden der Bremer Grundschulen spiegelt nahezu direkt die gesellschaftliche Situation, gerade in den sogenannten benachteiligten Stadtteilen, wider“, so der Sozialdemokrat weiter. „Deshalb müssen wir insbesondere in diesen Quartieren für eine bessere personelle Ausstattung sorgen. Zudem braucht es zusätzliche Angebote für verhaltensauffällige

Schülerinnen und Schüler sowie für diejenigen, bei denen Sprachförderbedarf besteht.“

Güngör: „Wir brauchen eine wirksame Qualitätsoffensive. Die Weiterentwicklung des LIS und der Schulaufsicht zu einem Institut für Qualitätsanalyse und -verbesserung ist dabei nur einer von vielen Schritten. Wir müssen



Mustafa Güngör

dieses Thema gemeinsam mit allen Akteuren angehen. Darüber hinaus muss auf die Erfahrungen in den Bundesländern, die besser abgeschnitten haben, aufgebaut werden.“

Güngör weist aber auch darauf hin, dass der Senat und insbesondere das Bildungsressort schon im Vorfeld der aktuellen Vergleichsstudie auf einem guten Weg gewesen seien – nicht nur die zusätzlichen Millionen für den Bildungsbereich seien ein Beleg dafür, so Güngör. Angesichts des Fachkräftemangels – es sind auf dem 'Markt' schlicht keine Lehrer zu finden – stoße man allerdings an Grenzen, die mit Geld allein nicht zu überwinden seien. Deswegen müssen unter anderem die Ausbildungskapazitäten für Grundschullehrer erhöht und die Arbeitsbedingungen attraktiver gestaltet werden. ■

INFO:



Den von der SPD-Fraktion verabschiedeten Antrag „Bremer Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich gründen“ finden Sie unter: http://tiny.cc/QUALITAET_SCHULE